

Kommuniqué des Politbüros über die tausend kleinen Dinge des täglichen Bedarfs, der Dienstleistungen und Reparaturen

Auf der 6. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wurde vom Ersten Sekretär des Zentralkomitees, Genossen Walter Ulbricht, sehr nachdrücklich darauf hingewiesen, daß die Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe nicht nur eine große Steigerung der Produktion von Fernsehgeräten, Mopeds, Kühlschränken usw. erfordert. Auch das Angebot der tausend kleinen Dinge des täglichen Bedarfs muß größer, reichhaltiger und wesentlich besser werden. Das gleiche gilt für Reparaturen und Dienstleistungen für die Bevölkerung. Ebenso sind die Leistungen der kommunalen Versorgungswirtschaft (Verkehr, Straßenreinigung, Straßenbeleuchtung, Müllabfuhr usw.) entscheidend zu verbessern.

Das alles ist zu einem Grundproblem bei der Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe geworden, weil es zur Befriedigung der wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung führt.

Auf der 6. Tagung wurde vorgeschlagen, unter der Leitung der Staatlichen Plankommission ein umfassendes Programm dafür zu entwerfen und zu veröffentlichen, das die Grundlage für eine breite demokratische Aussprache der ganzen Bevölkerung werden soll. Die Staatliche Plankommission hat dem Politbüro ein Programm vorgelegt, das die bisher besten Beispiele und Erfahrungen aus den Gemeinden, Städten, Kreisen und Bezirken auf diesem Gebiet berücksichtigt.

In richtiger Auswertung und Durchführung der Beschlüsse der 6. Tagung hat eine Anzahl von Räten der Gemeinden, Städte, Kreise und Bezirke in enger Zusammenarbeit mit der Nationalen Front und unter Mitarbeit der Bevölkerung gute Beispiele auf dem Gebiete der Versorgung mit den tausend kleinen Dingen des täglichen Bedarfs, der Reparaturen und Dienstleistungen geschaffen. Das geschah in Döbeln, in der Stadt Dresden, im Berliner Stadtbezirk Prenzlauer Berg, im Kreis Schmalkalden und in anderen Orten. Das sind erfreuliche Anfangserfolge. Es zeigt sich aber, daß die Mehrzahl der Partei- und Staatsorgane in den Bezirken, Kreisen und Städten es bisher